

HERR KARL IN BRÜSSEL

Die Mehrheit der Österreicher kann mit der EU wenig anfangen. Brauchen tut sie sie heute mehr denn je: Als Ventil für nahezu alles, was ihr in der Vergangenheit als angebliches Unrecht widerfahren ist und widerfährt

Alle paar Monate wieder steht es schwarz auf weiß geschrieben in den Zeitungen, empirisch erhoben und abgesichert durch alle Regeln moderner Meinungsforschungskunst: Die Österreicher mögen die Europäische Union nicht. Dies belegen die regelmäßig veröffentlichten Ergebnisse des so genannten Eurobarometers, einer EU-weit durchgeführten Umfrage, die unter anderem den Grad der Zufriedenheit der Bürger mit der Union misst. Aus ihr auszutreten und fortan wieder einen autarken Weg zu gehen, würde in Österreich nur eine kleine, radikale Minderheit wagen; was nichts daran ändert, dass der EU in kaum einem anderen Mitgliedsstaat eine derart ausgeprägte Skepsis entgegenschlägt wie zwischen Bregenz (der Hauptstadt Vorarlbergs, des am weitesten westlich gelegenen der neun Bundesländer) und Eisenstadt (der Hauptstadt des Burgenlandes, des am weitesten östlich gelegenen Bundeslandes).

Angesichts dieser Wahrnehmung ist in den vergangenen Jahren in den Massen- wie in den kleinen Qualitätsmedien so regelmäßig wie verlässlich von einem „Sonderfall Österreich“ die Rede. Niemand thematisiert diesen angeblichen Sonderfall lieber als die Österreicher selbst. Eine nachvollziehbare

Haltung: Während die exportorientierte Wirtschaft und vor allem die Banken – zumindest bis zum Ausbrechen der Finanzkrise – die Vorteile der schönen neuen EU-Welt seit dem Beitritt 1995 klug auszunutzen wussten, stagnierten die Reallohne der durchschnittlichen Arbeitnehmer. Nicht wirklich ein Versagen der EU: Tarifabschlüsse sind in Österreich traditionell nicht Sache der Regierung, sondern der Sozialpartner (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbünde). Aber wie ihre parlamentarischen Vollzieher haben die Vertreter ebendieser Sozialpartner wenig Interesse daran, das Ansehen der Union im Land zu verbessern. Warum? Weil es damit nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren gibt, was ihnen gut und teuer geworden ist.

So haben es die politischen und wirtschaftlichen Eliten Österreichs geschafft, dass „Brüssel“ heute zum Chiffre für alles eingebildete und reale Unbill verkommen ist, das den Österreichern im noch jungen 21. Jahrhundert bisher widerfahren ist und widerfährt. Was nicht weiter schlimm ist, wissen diese Eliten doch nur zu gut um die Befindlichkeiten der von ihnen regierten beziehungsweise beschäftigten Leute. Ein Zustand, mit dem es sich nicht nur gut leben lässt, sondern der auch das eigene Überleben sichert. Dieser Logik entsprechend ist es den österreichischen Volksvertretern nicht einmal wirklich übel zu nehmen, dass sie vordergründig wortreich den Mangel an der Akzeptanz der EU und ihrer Vertreter beklagen, während sie in Wirklichkeit unendlich dankbar sind, alles, was schief läuft, auf die

angeblichen Unzulänglichkeiten einer supranationalen Instanz abwälzen zu können, von der nach 14 Jahren Mitgliedschaft noch immer kaum ein Bürger weiß, wie sie organisiert ist. Nur die wenigsten Österreicher kennen heute den Unterschied zwischen EU-Rat, EU-Parlament und Kommission. Die Tatsache, dass die beiden traditionell stärksten Parteien, Sozialdemokraten (SPÖ) und Konservative (ÖVP), damit langfristig genau jener Politik Vorschub leisten, die sie vorgeben zu bekämpfen – jene der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ) und jene des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), einem von Jörg Haider erschaffenen regionalen Klon der FPÖ – ist ihnen bewusst, ändert aber nichts an ihrem Verhalten.

Was auch egal ist, weil auf der politischen Theaterbühne Österreich ohnehin seit Jahrzehnten das gleiche Stück gespielt wird, bei dem stets nur die Darsteller ausgewechselt werden, sich an der dramaturgischen Abfolge aber nie wirklich entscheidendes ändert. Das große Theater dient in diesem Zusammenhang wohl gemerkt nicht als billige Metapher. Um sich ein Stück ansehen zu können, über das gerade alle reden, bezahlt man den Eintritt, setzt sich hin und wenn es einem gefällt, applaudiert man am Ende. Wenn es einem nicht gefallen hat, geht man nachher ins Wirtshaus und schimpft über die schlechten Darsteller, das miese Bühnenbild und die unprofessionelle Ausstattung. Für das Theater selbst zeitigt das keinerlei Folgen (weil es ohnehin in einer Höhe subventioniert wird, die es

unabhängig vom Zuschauerzuspruch macht). Der gleiche Mechanismus setzt ein, wenn die Mehrheit der Österreicher über die EU redet: Sie regt sich auf und beklagt sich und das geht alles problemlos, weil sie dafür keinerlei Folgen fürchten muss. So hat „Brüssel“ heute in diesem Land fast geräuschlos jene Ventilfunktion übernommen, die im Kleinstaat Österreich traditionell Wien innehatte. Jetzt dient der Name einer anderen Stadt als Synonym für die Verkörperung einer legislativen, judikativen und exekutiven Autorität, der man im eigenen Empfinden quasi machtlos gegenüber steht. Anders formuliert: Die Mehrheit der Österreicher tut sich mit der EU so schwer, weil sie sich mit bürgerlichen Freiheiten schon immer schwer getan hat. So brauchen die Österreicher, über Jahrhunderte im autoritären Geist der Donaumonarchie erzogen, heute mehr denn je die Autorität, um sich auf sie ausreden zu können.

Die adeligen Diktatoren, die Austrofaschisten und die Nazis haben diesen Teil unserer Mentalität verstanden und ihn sich erfolgreich zunutze gemacht. Und wo kämen wir dieser Logik folgend denn heute hin, wenn sich weit und breit niemand mehr fände, dem wir die Verantwortung für unser Tun aufbürden könnten? Die Österreicher haben schon viel überlebt und die Demokratie werden sie auch noch überleben. Und damit auch die EU-Mitgliedschaft.

Klaus Stimedter,
Herausgeber des Monatsmagazins
DATUM – Seiten der Zeit / www.datum.at